

Energierat: Keine Einstimmigkeit über Gas aus Russland

Von Manuel Berkel

Beim Energierat haben Ungarn und die Slowakei eine geeinte Erklärung zum Ausstieg aus russischen fossilen Energieträgern verhindert. Die Bundeswirtschaftsministerin überraschte mit einer Geste in Richtung der atomfreundlichen EU-Staaten.

Es hätte eigentlich ein Signal der Geschlossenheit werden sollen. Am Montag trafen sich die Energieminister der EU bei frühsummerlichem Wetter in Luxemburg. Am Folgetag wird die Kommission voraussichtlich in Straßburg ihren Gesetzesvorschlag vorlegen, um bis 2027 aus [russischen Energieträgern auszusteigen](#). Doch am Montag verweigerten Ungarn und die Slowakei wegen der Russlandfrage ihre Zustimmung zu gemeinsamen Schlussfolgerungen des Rates. Am Ende verkündete Polen deshalb eine Schlussfolgerung der Ratspräsidentschaft – „mit überwältigender Mehrheit von 25 Staaten“. In der Erklärung bekräftigen sie ihren Willen, ihre Abhängigkeit von fossilen Energien zu beenden, so wie im März vor drei Jahren kurz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine.

Gelder für weiterhin aus Russland importierende EU-Staaten wird es nicht geben.

Ausgleichszahlungen an Mitgliedstaaten, die weiter russische Energieträger importieren wollen und mögliche Preissteigerungen beklagen, erteilte Energiekommissar Dan Jørgensen in der Pressekonferenz nach dem Treffen eine Absage: „Wir werden keine Kompensationen anbieten. Viele Mitgliedstaaten haben die Einfuhr von Energieträgern aus Russland bereits beendet.“

Der Angriff auf den Iran droht bereits, Einfluss auf die Russlandfrage zu nehmen. In Bezug auf die Versorgungssicherheit sei noch einiges zu klären, sagte die österreichische Staatssekretärin Elisabeth Zehetner in Luxemburg. Einerseits wirke sich die Eskalation im Nahen Osten [bereits auf die Energiepreise aus](#) und andererseits dürfe die EU nicht in eine neue Abhängigkeit von den USA rutschen. Der Iran-Konflikt werde den Gesetzentwurf der Kommission allerdings nicht beeinflussen, sagte Jørgensen vor der Presse. Mit Blick auf die Friedensbemühungen für die Ukraine sagte Zehetner: „Wenn einmal der Krieg beendet ist, muss man natürlich auch das in den neuen Bewertungen berücksichtigen.“

Noch schwieriger gestaltet sich der Ausstieg aus russischen Kernbrennstoffen und Bauteilen für Reaktoren. Anders als der Gesetzentwurf für fossile Brennstoffe wird derjenige für Atomenergie erst unbestimmte Zeit später folgen. „Es war ein kluger Schachzug der Kommission, die beiden Gesetze zu trennen“, sagte ein hochrangiger polnischer Diplomat.

In Atomfragen sorgte Katherina Reiche für einen Überraschungsauftritt. Die Bundeswirtschaftsministerin nahm als Gast erstmals an einem Treffen der sogenannten Nuklearallianz unter Führung von Frankreich und Schweden teil – einer informellen Koalition von atomkraftfreundlichen EU-Staaten. Ihr grüner Vorgänger hatte die Treffen stets gemieden.

Auf einem Gruppenbild der anderen wichtigen Koalition – den Freunden der Erneuerbaren – fehlte Reiche dagegen. Reiche habe das Treffen der Atomgruppe als Zuhörerin verfolgt, berichten mehrere Teilnehmer. Trotzdem sorgte ihre Geste im Kreis der anderen Delegationen für reichlich Gesprächsstoff. „Das ist ein deutliches Zeichen“, sagte ein EU-Diplomat. „Alle haben darüber geredet“, ergänzte ein anderer.

Zwei Minister zeigten sich hoch erfreut über die Teilnahme Reiches: Die französischen und schwedischen Regierungsmitglieder Marc Ferracci und Ebba Busch. „Deutschland hat heute ein Comeback als technologieutrales Land demonstriert“, sagte Busch. Bei dem Treffen der Nuklearallianz wurde außerdem Italien als Vollmitglied willkommen geheißen. Das Bündnis habe nun eine starke Mehrheit von Staaten innerhalb der Union, die Atomenergie entweder selbst befürworten oder ihre Rolle im Energiemix anerkennen.

Die Methanverordnung als weiterer Konfliktpunkt schaffte es in die Schlusserklärung der Ratspräsidentschaft. Wie schon in früheren Entwürfen stimmten die 25 EU-Staaten für einen Energie-Omnibus, der Bürokratie in europäischen Energiegesetzen abbauen soll und erwähnen dabei ausdrücklich die Methanverordnung.

„Mehrere externe Partner haben von Schwierigkeiten berichtet, die Bestimmungen der Verordnung einzuhalten.“ Das hatten Rumänien, Tschechien, Griechenland und vier weitere Mitgliedstaaten zuvor in einem Antrag geschrieben. Widerspruch kam noch am Abend von der ehemaligen Chefverhandlerin des EU-Parlaments, der Grünen-Abgeordneten Jutta Paulus. „Sollte die Methanverordnung fallen, sendet Brüssel ein verheerendes Signal: Die Interessen der fossilen Industrie wiegen offenbar schwerer als Europas internationale Verantwortung, den selbst initiierten Global Methane Pledge zu erfüllen.“